

Daten & Fakten



***EIN SOLIDARISCHES
ZUKUNFTSPROGRAMM
FÜR EUROPA***

***DIE KRISE ÜBERWINDEN –
EUROPAS ZUKUNFT
AKTIV GESTALTEN!***

Stand: Juli 2012

AK
Oberösterreich

Die Krise in der Europäischen Union droht zum Dauerzustand zu werden. Immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden zu Krisenopfern. Es braucht endlich einen politischen Kurswechsel in Europa. Schritte für die Gestaltung einer stabilen und sozial-ökologischen europäischen Zukunft sind etwa ein Aufbauprogramm (Stichwort „Marshallplan“) oder eine verbesserte Koordination bei der Verhinderung von Steuerumgehung.

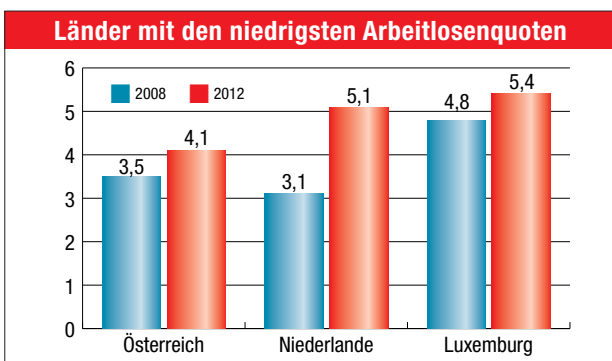
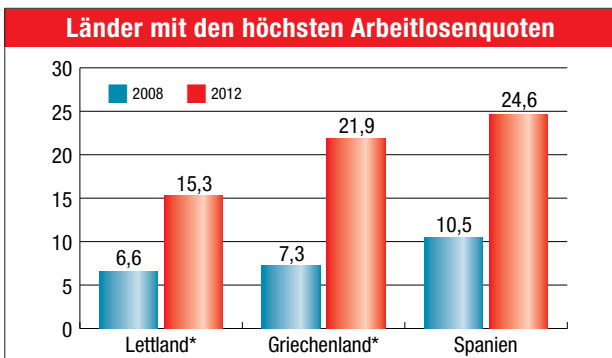
25 Millionen Menschen in der EU sind arbeitslos

Vor lauter Märkten
werden die
Menschen nicht
mehr gesehen.

Während ständig auf die beunruhigten Märkte und deren Befindlichkeiten hingewiesen wird, geraten die tatsächlich Leidtragenden, die Menschen in Europa, ins Hintertreffen. 25 Millionen Menschen in der EU waren im Frühjahr 2012 arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit ist immer noch um die Hälfte höher als vor Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008! Die wirtschaftliche Erholung in Österreich und einigen anderen Ländern währte nur kurz und senkte die Arbeitslosigkeit nur ein wenig unter die Rekordwerte in der Krise. Seit einiger Zeit steigt die Arbeitslosigkeit sogar wieder.

Entwicklung Arbeitslosigkeit

Mai 2008 – Mai 2012*



Quelle: Eurostat, Juli 2012,

*Lettland und Griechenland März als jüngste verfügbare Werte

Den Wirtschaftsprognosen zufolge wird dieser Trend in nächster Zeit anhalten.

Besonders dramatisch ist die Lage in Ländern wie Griechenland und Spanien, wo die Jugendarbeitslosigkeit negative Rekordwerte von bis zu 50 Prozent erreicht. Es kommt bereits zu einer Verarmung breiter Bevölkerungsschichten.

In Spanien und Griechenland ist die Hälfte der Jugendlichen arbeitslos.

Krisenursachen erkennen!

Die tatsächlichen Ursachen der EU-Krise sollten endlich stärker ins Visier genommen werden:

Die Ungleichverteilung der Einkommen und Vermögen

Auf der einen Seite häuft sich immer mehr Reichtum bei Wenigen an, auf der anderen Seite sinkt der Wohlstand für Millionen Menschen und die Armut steigt. Auch am selbst gesteckten Ziel, die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Menschen bis 2020 um mindestens 20 Millionen zu senken, droht die EU zu scheitern.

2011 besaßen 3,2 Millionen Europäer/-innen ein frei verfügbares Vermögen von mehr als einer Million US-Dollar (USD) – zusätzlich zu eigengenutzten Wohnimmobilien, wertvollen Sammlungen oder Yachten (World Wealth Report 2012). In Summe horteten Europas Millionäre/-innen ein immenses Vermögen von 10,1 Billionen USD.

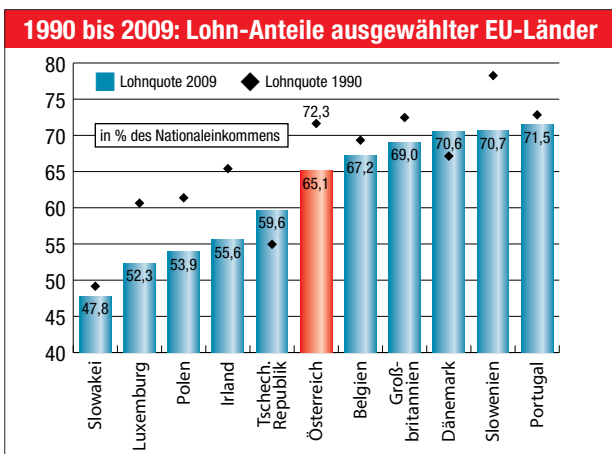
Europas
Millionäre horten
10,1 Billionen Dollar
Privat-Reichtum.

Das entspricht einem Großteil der öffentlichen Schulden der EU-Staaten (umgerechnet 12,6 Billionen USD). Die Kehrseite hoher privater Finanzvermögen bei den Einigen sind die hohen Schulden der Anderen!

Das widerspricht nicht nur dem Gerechtigkeitssinn und ist politisch gefährlich, sondern bremst aufgrund mangelnder Kaufkraft der Bevölkerung sowie

schwacher Investitionstätigkeit auch die Entwicklung der Wirtschaft und facht Finanzspekulationen an. Besonders markant ist die ungleicher gewordene Einkommensverteilung zwischen Arbeit und Kapital, denn die Lohnquoten sind in den letzten 20 Jahren in fast allen Ländern deutlich gesunken:

Entwicklung der Lohnquoten



Quelle: OECD, Juli 2012

Unregulierte Finanzmärkte

Spekulationen mit Nahrungsmitteln und gegen einzelne Staaten, instabile Banken, die als „zu groß zum Scheitern“ gelten, und von Computern gesteuerter Hochfrequenzhandel sind nur einige Faktoren, die die negativen Folgen eines aufgeblähten Finanzsektors auf die Gesamtwirtschaft beschreiben.

Mangelhaft regulierte Finanzmärkte destabilisieren Gesamtwirtschaft.

EU-Pakt für
Wachstum und
Beschäftigung ist
ein Schritt in die
richtige Richtung.
Es braucht
aber mehr!

Ungleichgewichte zwischen den Staaten bestehen weiter

Dass einige Staaten gegenüber anderen Staaten über mehrere Jahre hinweg ständig Exportüberschüsse verzeichnen, kann in einer Währungsunion auf Dauer nicht gutgehen.

Eine soziale Zukunft für die Menschen in der EU gestalten!

Insgesamt gilt es, einen sozialökologischen Fortschritt in Europa sicherzustellen. Das wird auf Basis eines liberalisierten und deregulierten Marktes, der ausschließlich auf dem Prinzip von Profitmaximierung Einzelner aufbaut, nicht erreichbar sein. Die Interessen der Menschen in Europa insgesamt – und nicht jene einzelner Wirtschaftsakteure/-innen – müssen oberste Priorität bekommen.

Unser solidarisches Zukunftsprogramm für Europa:

• Abbau der Ungleichgewichte – Binnenkonjunktur beleben

Durch kooperative Wirtschaftspolitik müssen die Ungleichgewichte zwischen den Staaten abgebaut werden. Länder mit einem Überschuss im Außenhandel, wie Deutschland und Österreich, müssen auf eine starke Binnenkonjunktur setzen. Defizitländer brauchen Investitionen in Bildung und Entwicklung ihrer Produktivkräfte.

Stopp dem Steuerdumping – Faire Steuerpolitik

Durch Koordination der Steuerpolitik, einen Mindeststeuersatz bei Unternehmensgewinnen in Höhe von 30 Prozent, eine Finanztransaktionssteuer und eine Abstimmung bei Vermögenssteuern.

Ein „Marshallplan“ für Staaten in Schwierigkeiten

Dabei sind insbesondere die unterschiedlichen ökonomischen Entwicklungsstände der einzelnen Staaten zu berücksichtigen. Die Finanzierung ist durch eine faire Steuerpolitik und Rückflüsse aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung möglich.

Finanzsektor regulieren

Die umfassende Finanzmarktregulierung ist für eine solidarische Wirtschaftspolitik erforderlich. Die Europäische Zentralbank muss gesamtwirtschaftliche Stabilität zu einem zentralen Ziel machen.

Demokratie, sozialen Dialog, Parlamentarismus ausbauen

Die Menschen müssen in die Entwicklungen wieder eingebunden werden. Eine Aufwertung des Europäischen Parlaments ist dringend notwendig.

Es braucht öffentliche und private Investitionen in eine nachhaltige soziale und ökologische Infrastruktur und in zukunftsfähige Industrien und Dienstleistungen!

Finanzierung von Staaten darf nicht von hochspekulativen, intransparenten und instabilen Märkten abhängen.



AK-Präsident
Dr. Johann Kalliauer

**„Die Europa-
Verantwortlichen
müssen Menschen
– und nicht Märkte –
in den Mittelpunkt
stellen.“**

**„Wir müssen die Arbeitslosigkeit
bekämpfen sowie mehr
Verteilungsgerechtigkeit und Wohlstand
schaffen. Das ist nur durch eine
gemeinsame solidarische Wirtschaftspolitik
möglich, keineswegs durch einen –
auch nur teilweisen – Zerfall der EU.“**

“

Impressum:

Medieninhaberin und Herausgeberin:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für OÖ, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz.

Hersteller: Pecho-Druck, Linz

P.b.b. Erscheinungsort Linz, Verlagspostamt 4020, AK-Informationsblatt der
Kammer für Arbeiter und Angestellte für OÖ, Nr. 102/2012, GZ 02Z033937 M,
VORTEILSTARIF, DVR 0077747, Retouren an Postfach 555, 1008 Wien